

Antrag

Schaffung von Planstellen ab 2022 für vorläufig vier bis sechs aufsuchenden Sozialarbeiter*innen mit dem Schwerpunkt „Streetwork“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Bürgermeister als Finanz- und Personalreferent wird ersucht, mit Beginn des Jahres 2022 vorläufig vier bis sechs Planstellen für aufsuchende Sozialarbeit mit dem Schwerpunkt „Streetwork“ im Stellenplan der Stadt Innsbruck abzubilden und die Bedeckung im Budget für das Jahr 2022 zu berücksichtigen. Die fachliche Zuständigkeit muss im Einflussbereich der Stadt Innsbruck liegen.

Begründung:

Derzeit wird „Streetwork“ in der Stadt Innsbruck ausschließlich von NGO's angeboten und umgesetzt. Um die gesellschaftliche Zielsetzung einer Optimierung in der Kommunikation mit den städtischen Einrichtungen bzw. den Sicherheitsinstitutionen und darauf folgender zeitnaher Präventivmaßnahmen besser erreichen zu können, muss die fachliche Zuständigkeit und Kompetenz der beantragten Planstellen im Einflussbereich der Stadt Innsbruck liegen und bei der ISD/MÜG/Bildungsgesellschaft liegen.

Die in Jahrzehnten gewachsene Strukturen führen leider oft dazu, dass es zu keinem Informationsaustausch über gefährliche und gefährdende Entwicklungen zwischen den etablierten Einrichtungen (NGO's) und den städtischen Institutionen bzw. der Polizei kommt. Das führt wiederum dazu, dass es für die Stadt Innsbruck sehr spät, leider oft zu spät ist, (primär)präventive Maßnahmen im Sicherheitsbereich und/oder Gesundheitsbereich zu treffen.

Es muss also meist nach Schadeneintritt reagiert, anstatt präventiv und schadensmindernd agiert werden. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise zu erwähnen, dass es in Innsbruck vor der Pandemie zu einer bedrohenden Entwicklung der Jugendkriminalität mit Gewalttaten gekommen ist, die offensichtlich von den bestehenden Institutionen nicht erkannt wurde oder aber der, in diesem Fall sicher sehr notwendige Informationsfluss, an die zuständigen Ämter und Behörden nicht erfolgt ist.

Erwähnenswert ist auch die „Rave-Party“ im August 2020 in der Sillschlucht bei der mindestens tausend Teilnehmer waren. Auch hier kam es zu Gewaltanwendungen und Drogenexzessen. Unverständlich ist, dass bei dieser mehrtägigen, illegalen, gesundheitsgefährdeten (Pandemie) Veranstaltung Sozialarbeiter der Z6-Einrichtung „Base Camp“ im „Einsatz“ waren.

Sicherheit in vielen Bereichen ist Aufgabe einer Kommune und Teil der Lebensqualität. Eine Kommune kann es sich – aus Verantwortung gegenüber der Gesamtbevölkerung - auf Dauer nicht leisten, von gesundheits- und sicherheitsgefährdenden Informationen ausgeschlossen zu werden.

Für den Verfasser ist in diesem wichtigen Segment der kommunalen Entwicklung eine Neuaufstellung im Bereich der sozialen Jugendarbeit durch eigene Streetworker*innen notwendig. In vielen Städten Europas wird auf aufsuchende Sozialarbeit (Streetwork) als Teil der kommunalen Aktivität gesetzt. Das sichert einen schnelleren und effizienteren Informationsaustausch, auch mit anderen Organisationen (NGOs), und lässt der Kommune die Möglichkeit schneller auf Entwicklungen zu reagieren, um Schaden und Gefährdungspotential von der Stadt und ihrer Bevölkerung abzuwenden.

Die Stadt München zum Beispiel zeigt mit ihrem adaptierten Konzept (https://www.muenchen.info/soz/pub/pdf/630_Konzept_Streetwork.pdf) aus dem Jahr 2018 (Start 2006) wie auch hier auf die betroffenen Gruppen unter Wahrung aller sozialpädagogischen Maßnahmen eingegangen wird und doch der Überblick über Entwicklungen in der Stadt nicht verloren geht, wie das z.B. in der Stadt Innsbruck leider immer mehr der Fall ist.